

320000 auf der Theresienwiese

Heuss auf der Abschluß-Kundgebung des 9. Evangelischen Kirchentages

München (Eigenbericht)

Höhepunkt und Abschluß des 9. Deutschen Evangelischen Kirchentages in München war die Hauptversammlung auf der Theresienwiese, an der rund 320 000 Menschen teilnahmen. Zur Freude der Kirchentagsbesucher ergriff zum Abschluß auch Bundespräsident Prof. Theodor Heuss das Wort. Er sprach seine große Befriedigung darüber aus, daß die religiöse Überzeugung Menschen aus verschiedenen politischen Lagern verbinden könne.

Entgegen dem Brauch der bisherigen Kirchentage, den Ort des nächsten Kirchentages bei der Schlußkundgebung zu nennen, mußte Kirchentagspräsident von Thadden - Triegläff diese Entscheidung aufschieben, da wider Erwarten drei Landeskirchen den 10. Deutschen Evangelischen Kirchentag 1961 zu sich einluden. Der Präses der westfälischen Landeskirche, D. Wilm, sprach die Einladung nach Dortmund, der Berliner Bischof Dibelius nach Berlin und der niedersächsische Landesbischof Lilje nach Hannover aus.

Als zur Eröffnung der Abschlußsitzung die ersten Töne des von 5200 Posaunenbläsern geblasenen Chorals „Lobet den Herren“ erklangen, hörte es zu regnen auf, und erste Sonnenstrahlen brachen durch die Wolkendecke.

Rückblickend auf die große Begegnung der evangelischen Christen sagte der Präsident des Kirchentages, D. Dr. Reinold von Thadden - Triegläff: „Wir waren gemeinsam unterwegs auf der Suche nach der Kirche Christi, die uns im Sturm der Zeiten aus der Sicht gekommen und fremd geworden war.“

Von der inneren Freiheit des Christen sprach der Vizepräsident des Kirchentages, Synodalpräsident Reimer Mager aus Dresden. „Gehören wir Gott, dann sind wir die freiesten un-

ter allen Menschen, wo wir auch wohnen. Gehören wir ihm nicht, dann sind wir Knechte, so laut man auch die Freiheit preisen mag.“

Der bayerische Landesbischof Dietzfelbinger schließlich forderte die Gläubigen auf, nach diesem Kirchentag Gottes Boten und Gesandte zu sein,

Fragen und Antworten unter dem Kreuz

Die Sehnsucht nach der Freiheit und der Zusammenführung des deutschen Volkes war auch das Hauptthema des eindrucksvollen „Gesprächs“, das vor den Mikrofonen des Podiums von Kirchentagsprechern geführt wurde. In der Form von Rede und Gegenrede wurden soziale und politische Anliegen von Kirchentagsprechern behandelt.

„Ihr wollt uns in der Kirche haben, aber ihr zwingt uns in eine Form, die uns fremd ist“, sagte ein Sprecher der Jugend zu den Erwachsenen. Die Jugend habe den Verdacht, daß es die Erwachsenen mit den in der Predigt vorkommenden Worten nicht mehr ernst nähmen.

Die moderne Welt

Die Antwort der Erwachsenen gab ein zweiter Sprecher: „Wir wissen, daß wir euch zu lange euch selbst überlassen haben, zuerst weil wir Krieg führen mußten, dann, weil wir die Zerstörungen des Krieges beseiti-

denn Gott brauche sein Volk zum Brückenbauen und zur Versöhnung in seinem Namen.

Als sich die Hauptversammlung dem Ende näherte, brachten mehrere hundert Schwestern die Spenden für die Notleidenden in Asien und Afrika, die sie während der Veranstaltung im Klingelbeutel gesammelt hatten, vor die Tribüne und schütteten die Geldbeträge in eine hierfür aufgestellte mehrere Meter lange Truhe.

Mit einem Gebet von Bischof Dibelius, einem gemeinsam gesprochenen Vaterunser und dem Lied „Nun danket alle Gott“ schloß die eindrucksvolle Abschlußkundgebung.

gen wollten. Daß wir die Herrschaft des Nationalsozialismus gefördert oder geduldet haben, verschnürte uns den Mund.“ Die Erwachsenen sorgten sich, zwar um die Zukunft der Jugend, doch könnten sie ihr nichts Festes anbieten, und das quäle sie mehr, als die Jugend wisse. An die Erwachsenen ging der Appell, sich die Stunden für ihre Kinder zu erretzen, sich nicht vom Beruf erdrücken zu lassen und mit der Jugend viel bewußter als bisher in die moderne Welt zu gehen.

In Scheidung?

„Unser Volk lebt in der Trennung“, betonte ein anderer Sprecher. „Leben wir bereits in Scheidung? Haben wir Angst, daß wir uns etwas vormachen. Wir sagen: ‚Wir lassen keinesfalls voneinander.‘ Aber welches Opfer bringen wir dafür? Hinter lauter Bekenntnissen hat sich schon mancher versteckt.

Die Gewalt, die uns trennt,

Fortsetzung auf S. 7

Stirbt der kalte Krieg?

K. W. B. Oft ist der gequälten Menschheit schon angekündigt worden, der kalte Krieg sei überfällig. Der kalte Krieg liege im Sterben. Die Menschen, die ständig unter der Drohung neuer Aggressionen und Eroberungsgelüste geduckt leben, hören es gern. Sie sind bislang immer wieder in ihren Hoffnungen betrogen worden. Aber eine Aussicht darauf, daß es wieder einmal versucht werden soll, dem kalten Krieg an den Leib zu gehen, läßt sie viele, wenn nicht alle Enttäuschungen vergessen. Läßt sie vergessen, daß die Sowjets 1953 mit ihrem Schlagwort vom „neuen Kurs“ großen Teilen der Welt suggerieren konnten, sie seien dabei, sich zu friedlichen Mitgliedern einer im Einvernehmen lebenden Weltgesellschaft zu verwandeln. Läßt sie vergessen, daß die Sowjets darauf die Selbstbescheidung ausstrahlende Parole von der „friedlichen Koexistenz“ benutzten, um den Krieg ihrer Vormachtstellungen weiter in bisher unkommunistische Gebiete vorzutragen. Läßt sie vergessen, daß die Sowjets mit dem Genfer Lächeln der ersten Gipfelkonferenz eine grausame Vorstellung vom Abbau des kalten Krieges gegeben haben, der jetzt drei Jahre hindurch die Welt noch mehr erschüttert hat als in der harten Periode von 1948 bis 1953. Es liegt nahe, die so arg ramponierten Hoffnungen auf eine Änderung des kalten Kriegs-Klimas in der Welt nun an die bevorstehende Chruschtschow - Eisenhower - Begegnung zu hängen.

Einem kalten Krieg hat man freilich noch nie mit dem Wunsch beendet, man möge ihn nicht mehr haben. Und in den Ost-West-Beziehungen ist auch trotz so vieler Ankündigungen während der vergangenen Jahre nicht eine Entspannung nur dadurch eingetreten, daß man von ihrer Notwendigkeit gesprochen hat. Wohl läßt sich ein freundlicheres Gesprächsklima herstellen, wenn Leute aus den verschiedenen Lagern miteinander

sprechen. Die Wogen der Erwartungen müssen natürlich hoch gehen, wenn es sich bei diesem Gespräch um die mächtigsten Männer der beiden Lager handelt. Die Anhänger der Auffassung, daß Politik aus solchem privaten Winkel, aus der menschlichen Tasträhe, viel fruchtbarer sein müßte als die harten und sachlichen Vorlagen von Forderungen, erhoffen sich deshalb von den Kamin-Unterhaltungen das große Auftauen der Gegensätze. Sie werden recht bekommen, was das menschliche Verhalten der beiden Supermänner unserer Welt betrifft; denn Eisenhower und Chruschtschow werden sich gewiß viel die Hände schütteln und Einverständnis über menschliche Inpoderabilitäten erzielen. Man wird bei solchen Gesprächen vergessen können, welch böses Blut an den Händen des roten Diktators klebt, — und wohl auch zu der Ansicht kommen können, daß er und die Seinen es mit allem, was sie seit Ungarn bis Berlin gegen uns getan haben und tun, es gar nicht so böse gemeint haben. Aber wird das ausreichen können, um uns zu überzeugen, daß wir von morgen an mit dem Krenl und denen, die er gegen uns vorschickt, besser auskommen können?

Was unser Verhältnis zu Moskau so gefährlich belastet, ist ja nicht der Mangel an Gesprächen mit den Menschen im sowjetischen Herrschaftsbereich. Man kann mit ihnen sprechen, und man kann gut mit ihnen sprechen; davon berichten alle, die langjährige Erfahrungen im Umgang mit den Sowjets haben. Aber zwischen den menschlichen Begegnungen und den politischen Handlungen klafft eben der rätselhafte Abgrund. Das hat noch niemand geändert, so häufig und so freundlich die menschlichen Begegnungen auch mit politisch verantwortlichen Russen inzwischen geworden sein mögen. Die Diplomatie der Chruschtschow-Bulganin-Reisen hat ja dieses böse Dilemma bis zur Verwirrung der Regierungsspitzen im westlichen Lager vortragen. Es müßte tatsächlich ein Wunder geschehen, wenn der gegenwärtige Alleinherrscher des sowjetischen Imperiums bei seiner Amerika-Show zum ersten Male Politik mit

menschlicher Good-Will-Demonstration in Einklang brächte.

Sie werden über den kalten Krieg sprechen, wenn sie zusammensitzen. Man braucht von Eisenhower nicht zu erwarten, daß er dem Krenl-Herrn wie einem Missionar lauschen wird. Die menschliche Begegnung kann ihren weltweiten Sinn bekommen, wenn der amerikanische Präsident dem sowjetischen Herrn Stück für Stück die Positionen seines kalten Krieges vorhalten kann, ohne deren Abbau nicht an einen Abbau der harten und stärksten Verteidigung in diesem kalten Krieg zu denken ist. Die prall mit Besprechungen gefüllte Europa-Reise, die Eisenhower in der übernächsten Woche antritt, wird dem amerikanischen Präsidenten dazu dienen, Gesprächsstoff für Chruschtschow zu finden, der Amerika von seinen europäischen Verbündeten geliefert wird. Wohl hat de Gaulle verhindert, daß es hierbei zu einer gemeinsamen westlichen Gipfelkonferenz kommt, und Eisenhower hat es auch darauf angelegt, bei Chruschtschow nicht als der Sprecher der ganzen westlichen Welt, sondern eben als Anwalt Amerikas zu erscheinen. Aber die Europa-Reise wird Eisenhower klarmachen, daß Frankreichs Algerien-Frage und seine Atombombe, Englands Commonwealth und seine europäische Sonder-Position, Deutschlands bedrängte Ost-West-Lage, Italiens und der Benelux-Länder Spezialorgane in ihrem Kern Fragen der amerikanischen Freiheits- und Sicherheitspolitik sind und also an allen Enden mit der sowjetischen Expansionspolitik kollidieren.

Was auch die europäischen Partner Amerikas mit dem Präsidenten zu besprechen haben werden, wenn er nach Europa kommt — es werden Wünsche sein, die die Sicherheit gegenüber dem sowjetischen Macht-drang betreffen. Der Wunsch, mit Chruschtschow in ein besseres Verhältnis zu kommen, wird also unerlässlich gekoppelt sein mit dem sehr vielgestaltigen und umfangreichen Verlan-

Fortsetzung auf Seite 3

Schlangen vor Gemüsegeschäften

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mittelddeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Der mitteldeutsche Alltag steht im Zeichen eines Geburtstagsrummels ohnegleichen. Die Bevölkerung soll den nichtgewählten und nichtgewünschten Staatsapparat auch noch feiern. Die SED zögert eine schon längst fällige Preissenkung als Geburtstagsgeschenk hinaus und fährt mit den Kuriositäten an Selbstverpflichtungen fort.

HALLE

Heftige Kritik zahlreicher Hausfrauen richtet sich gegen den Handel. Trotz Konferenzen und Beschlüssen stehen schon am frühen Morgen lange Schlangen nach Gemüse an, weil die Verkaufsstellen dem Andrang nicht gewachsen sind. „Auf vielen Einwohnerversammlungen hat es Kritiken an der Arbeit des Handels im Stadtbezirk Süd gegeben, aber wenig hat sich geändert“, schreibt die SED-Zeitung „Freiheit“.

MAGDEBURG

„Gesamtdeutsches Forum.“ — Fragen westdeutscher Gäste auf dem Pressefest beantwortete SED-Funktionär Matern. Zur Wiedervereinigung meinte ein Besucher: „Das einfachste Mittel wären doch freie Wahlen.“ Die SED-Antwort lautete: „Wir wollen alle Garantien schaffen, daß Deutschland nie mehr einen Krieg provozieren kann. Deshalb muß man in Westdeutschland erst demokratische Verhältnisse schaffen. Bei der chauvinistischen Verhetzung in Westdeutschland kommt keine klare Entscheidung bei den Wahlen heraus, sondern eine nationalistische Entscheidung. Hitler ist auch mit Wahlen an die Macht gekommen, und er hat dann den zweiten Weltkrieg gemacht.“ Eine weitere Frage hieß, inwieweit erkennt man bei einem wiedervereinigten Deutschland die Oder-Neiße-Grenze an. Matern sagte dazu: „Ob man will oder nicht, in Westdeutschland muß man sich damit abfinden, daß Hitler und der Krieg die Oder-Neiße-Grenze verursachten. Wer zwei Weltkriege vom Zaune bricht und unglaubliches Elend bringt, der

muß dafür bezahlen. Wenn sich die Menschen in Westdeutschland vom Chauvinismus besoffen machen lassen, bezahlen sie noch teurer.“

BAUTZEN

Sozialistisches Büfett. „Sich selbst bedienen, selbst zahlen“, unter diesem Motto wollen HO-Lebensmittelgeschäfte ein sozialistisches Büfett einrichten. Auf der ökonomischen Konferenz in Bautzen wurde ein solches Büfett erstmals eingerichtet.

LEIPZIG

Neue Wege der Feriengestaltung. Im VEB Messe- und Musikaliendruck waren die Kinder des Ferienspiellagers „J. W. Goethe“ zu Gast, um an einer „sozialistischen Namensgebung“ teilzunehmen. Da sie hinterher auch an der Kaffeetafel sitzen durften, wurde diese Form der Kindererziehung als „neue Feriengestaltung“ bezeichnet.

ANNABERG

Reisen abgelehnt. Antragsteller, die sich bei den Volkspolizeidienststellen um Reise genehmigungen für Privatreisen in die Bundesrepublik bemühten, wurden an ihren Betrieb verwiesen. Der Betrieb stellte jedoch keine der verlangten Befürwortungen aus. Das Reisekontingent wäre erschöpft, sagte man den Interessenten. Sehr viele Bewohner Annabergs seien nach drüben gefahren, um „Friedensgespräche“ zu führen.

Visum für Sperrgebiete. Urlauber aus der Zone, die ihren

Urlaub innerhalb des 5-km-Sperrgürtels erleben wollen, müssen eine Sondergenehmigung besitzen. So erhalten alle Urlauber, die z. B. in den Ober-

Erhard in Istanbul

Ankara (ap). Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard traf zu wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit der türkischen Regierung in Istanbul ein. Er wird von seiner Frau und acht Angehörigen verschiederer Bundesministerien begleitet. Nach dem Aufenthalt in der Türkei wird der Minister auch Griechenland besuchen.

Spaak bei Adenauer

Cadenabbia (ap). Bundeskanzler Adenauer hatte am Comer See eine zweistündige Unterredung mit NATO-Generalsekretär Spaak und dem Oberbefehlshaber des Atlantik-Pakts, General Norstad. Die Besprechung diente der Vorbereitung des Eisenhower-Besuchs in Europa.

harz nach Elend oder Schierke fahren, ein Visum. Volkspolizei kontrolliert die Urlauberbüro, besonders in der Brockengebiet bei Spaziergängen und während Rundfahrten. Eine Annäherung an die Grenze ist wegen zahlreicher Streifen und Sperren kaum möglich. Ein Betreten des 500-Meter-Streifens an der Demarkationslinie ist den Urlaubern verboten.

Stirbt der kalte Krieg?

Fortsetzung von Seite 2

gen, von den Sowjets Sicherheiten überall dort zu fordern, wo sie die Welt mit ihren Drohungen und ihren Machtanmaßungen in Unruhe halten. Dazu müßte vor allem der Versuch gehören, den Kreml-Partner davon zu überzeugen, daß er für sich und sein Reich auf die Dauer nur Ruhe und Sicherheit aushandelt, wenn er von Dingen läßt, die ihm selbst nicht nur Last, sondern Gefahr werden könnten. Die Frage der deut-

schen Einheit, die er zum gefährlichsten Krisenstoff der Weltpolitik gemacht hat, wird deshalb einen wichtigen Rang in den Gesprächen darüber einzunehmen haben, wo der kalte Krieg abzubauen sei. Er könnte nicht nur für uns in Mitteleuropa, sondern in der ganzen Welt sterben, wenn das amerikanische Gespräch gerade in diesem Punkt eine realpolitische sowjetische Einsicht oder mindestens Überlegung zuwege bringen könnte.

Das Weltniveau

DT. „Wenn man mich fragt, liebe Genossen“, so führte Walter Ulbricht jüngst auf der Leipziger Handelsfunktionärskonferenz aus, „worauf kommt es denn angesichts der verschiedenen internationalen Verhandlungen an, so sage ich offen: Das Entscheidende ist die Erfüllung des Plans, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Erreichung des wissenschaftlich-technischen Weltniveaus.“ Der letzte Punkt scheint freilich besondere Kopfschmerzen zu bereiten, wie der Erste SED-Sekretär zugeben muß: „Ich habe den Eindruck, daß die Genossen des Maschinenbaus sich ihr eigenes Weltniveau zusammengebaut haben. Ich habe Zweifel, ob das schon das wirkliche Weltniveau ist.“

Ulbrichts Vorstellungen vom Weltniveau werden an seiner instruktiven Darstellung der so-wjetzonalen Lebensmittel-Produktion deutlich. Wörtlich sagte er: „Die Ernährungswissenschaftler haben festgestellt, daß zur gesunden Ernährung pro Kopf etwa 2800 Kalorien notwendig sind, darunter etwa 80 Gramm Fett. 1953 wurden jedoch in der DDR im Durchschnitt pro Kopf und Tag über 3100 Kalorien und 110 bis 120 Gramm Fett verbraucht. In den USA, dem Land, das gegenwärtig noch (!) den höchsten Lebensstandard hat, betrug der Kalorienverbrauch 1958 3200 Kalorien pro Tag und Kopf. Da in der Deutschen Demokratischen Republik in diesem Jahr der Verbrauch pro Kopf ebenfalls auf 3200 Kalorien ansteigt, haben wir also in bezug auf die Ernährung die USA erreicht.“

Und dann machen sich auch noch die gleichen Ernährungswissenschaftler „im Interesse der Volksgesundheit Sorgen über den zu hohen Butterverbrauch in der Deutschen Demokratischen Republik“. Dieses „Überangebot“ an Kalorien hat dann nach den Worten des Ersten SED-Sekretärs zur Folge, daß das Sortiment an Übergrößen der Damenbekleidung auf der ganzen Breite nicht mehr ausreicht. (Heiterkeit und Beifall der anwesenden Funktionäre!)

Der vielgeplagten und mo-

disch nicht eben verwöhnten Zonenbevölkerung scheint aber der Sinn nicht nur nach Übergrößen und, wie es Ulbricht ausdrückt, „nach Kleidern, die dem gesunden Volksempfinden entsprechen“, zu stehen, sondern ganz offensichtlich werden Sackkleider und Schuhe in italienischer Mode häufig verlangt. „Aber liebe Genossen“, erklärt Ulbricht weiter, „wenn die Frau ein Sackkleid tragen will, soll sie doch einen höheren Preis bezahlen!“ Warum eigentlich?

Die planerfüllte Funktionärslage kommt wahrscheinlich kaum auf den Gedanken, daß vielleicht „umgekehrt ein Schuh“ oder ein Sack daraus werden könne: Wenn jemand ein modisches Kleid oder einen modischen Schuh zu tragen wünscht,

wäre es dann nicht denkbar, daß sich die einschlägige Produktion und der zuständige Handel dazu bequemen, solche Artikel zu einem erschwinglichen Preis herzustellen? Ja, aber der Plan ist doch eben erst nach dem von oben gelenkten „gesunden Volksempfinden“ angelaufen! Welche Kleider und welche Schuhe dabei herauskommen, zeigt ein flüchtiger Blick in die Schaufenster der Zone einschließlich Ostberlins, einschließlich der Stalinallee.

Wie sagte doch der Erste SED-Sekretär selbst in seiner Leipziger Rede: „Wir kommen doch gar nicht nach mit dem Hinterherlaufen.“ Diesen Eindruck haben wir freilich seit Bestehen der sog. „DDR“.

Gegen eine Freie Stadt

Ergebnis einer Meinungsbefragung über Berlin

D. Allensbach (Eigenbericht). Gegen Ende der Genfer Konferenz wurde in einer repräsentativen Umfrage ermittelt, wie die Bevölkerung der Bundesrepublik auf das Drängen der sowjetischen Bevölkerung reagiert, Berlin den Status einer Freien Stadt zu geben. Das Ergebnis: Der russische Vorschlag findet bei der westdeutschen Bevölkerung keinen Anklang.

Von 100 Erwachsenen in der Bundesrepublik lehnen 62 diesen Plan rundweg ab, 15 stimmen ihm unter der Voraussetzung, daß gewisse Sicherungen vorhanden sind, zu, und 23 sind abwartend, unentschieden oder trauen sich in dieser Frage kein Urteil zu. Hier der Wortlaut der Frage, die das Allensbacher Institut für Demoskopie 1000 Männern und Frauen aller Bevölkerungskreise in Form eines Bildblattes vorlegte, das zwei Männer im Gespräch zeigt:

Frage an 1000 Personen eines repräsentativen Bevölkerungsschnitts von 16 Jahren an (bei Vorlage eines Bildblattes): „Sehen Sie, hier unterhalten sich gerade zwei Männer, wie das mit Berlin weitergehen soll.“

Der erste sagt: „Ich finde den Vorschlag der Russen gar nicht so schlecht, daß Berlin eine Freie Stadt werden soll. Da kann dann doch eine internationale Kommission dafür sorgen, daß die Russen Berlin nicht kriegen.“

Der zweite sagt: „Ich bin ganz anderer Meinung. Wenn Berlin eine Freie Stadt wird, dann bedeutet das doch, daß

keine amerikanischen Truppen mehr da sind, um Berlin zu schützen. Und dann machen die Russen mit Berlin, was sie wollen.“

„Wer von den beiden sagt das, was auch Sie darüber denken?“

„Berlin soll keine Freie Stadt werden“, 62%. „Ich finde den Vorschlag der Russen gar nicht so schlecht“, 15%. Unentschieden waren 23%.

Das sowjetische Projekt einer Freien Stadt Berlin wird in allen Bevölkerungskreisen von starken Majoritäten abgelehnt. Besonders entschieden sprechen sich Personen mit höherer Schulbildung gegen diesen Plan aus. Hier kommt zum Ausdruck, daß die Ablehnung des sowjetischen Planes, wenn man von ideologischen Schattierungen absieht, um so entschiedener ausfällt, je höher das Niveau der allgemeinen politischen Orientierung ist.

Fast einstimmig votieren die Westberliner gegen das Projekt einer Freien Stadt: 92 Prozent sprechen sich für das weitere Verbleiben von Truppen der westlichen Alliierten in Westberlin aus.

Vor neuem Indochinakrieg?

Die militärische und politische Entwicklung in Laos — Großmächte besorgt

R. Tokio (Eigenbericht). Wenn in den vergangenen Monaten aus den dichten Dschungelwäldern im Norden des Königreiches Laos auch nur wenig Pulverdampf aufgestiegen ist, hat sich hier doch ein Gefahrenherd gebildet, der die Regierungen zahlreicher Großmächte beschäftigt und mit Sorge erfüllt. Es wird offen von der Möglichkeit eines neuen Indochinakrieges gesprochen, wenn es nicht gelingen sollte, die in Laos aufeinanderprallenden Gegensätze wieder auszugleichen.

Die Unruhen in dem zweieinhalb Millionen Einwohner zählenden, wirtschaftlich noch fast unerschlossenen Land begannen im Mai dieses Jahres, als zwei Bataillone der kommunistischen Pathet-Lao-Bewegung sich der vertraglich vereinbarten Eingliederung in die Regierungstreitkräfte widersetzen. Eines der beiden Bataillone ergab sich, das andere entkam in die Bergwälder. Möglicherweise mit Un-

hundert Mann gab. Die Regierung in Laos behauptet, daß den Aufständischen Offiziere und Ausrüstung aus Nordvietnam zur Verfügung stünden. Ein Großteil der Kampfgruppe hat sich in den letzten Tagen aus noch undurchsichtigen Gründen über die Grenze abgesetzt. Beide Seiten scheinen gegenwärtig „Gewehr bei Fuß“ zu stehen, um die Entwicklung an der diplomatischen Front abzuwarten.

Nachdem der militärische und politische Status des Landes im Genfer Abkommen von 1954 festgelegt worden war, war es im Jahre 1957 zu einer Einigung zwischen der damals neutralen Regierung Souvanna Phouma und dem Führer der kommunistischen Pathet-Lao-Bewegung, dem Prinzen Souvannouong, einem Halbbruder des Ministerpräsidenten, gekommen. Der Prinz übernahm einen Posten in dem neugebildeten Koalitionskabinett, um damit auch nach außen die Überwindung der inneren Spaltung des Landes zu demonstrieren. Die Pathet-Lao-Bewegung verpflichtete sich, ihre Armee von 5000 Mann aufzulösen, einen Teil in die Regierungstreitmacht einzugliedern und die nördlichen Provinzen Phong Saly und Samneuw wieder der Regierung zu unterstellen.

Kurzer Friede

Dieser friedliche Abschnitt der laotischen Politik sollte nur von kurzer Dauer sein. Eine neue Regierung unter dem eindeutig westlich orientierten Ministerpräsidenten Phoui Sananikone setzte der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein Ende. Im Februar dieses Jahres erklärte Phoui, Laos sei nicht mehr an das Waffenstillstandsabkommen gebunden, nach dem es nur Frankreich erlaubt war, eine Militärkommission im Land zu

unterhalten oder militärische Stützpunkte zu errichten. Die Haltung der neuen laotischen Regierung hatte einen Proteststurm aus China und Nordvietnam zur Folge.

Die Instrukteure

Die neue Krise begann jedoch mit dem 24. Juli, dem Tag, an dem Frankreich und Laos ein Übereinkommen unterzeichneten, das vorsieht, daß amerikanische und französische Instrukteure zur Ausbildung der 25 000 Mann starken laotischen Armee herangezogen werden. Hanoi und Peking erklärten vor wenigen Tagen, sie fühlten sich durch die „amerikanischen Imperialisten“ in Laos „direkt und schwer“ bedroht.

Wie aus Vientiane berichtet wird, nehmen 96 französische und 96 amerikanische Militärsachverständige in der letzten Augustwoche ihre Tätigkeit bei der laotischen Armee auf. Es wurde ausdrücklich betont, daß die zivilen amerikanischen Ausbilder ihre Tätigkeit auf die Unterweisung der laotischen Truppen im Gebrauch der ihnen unter dem amerikanischen Hilfsprogramm zur Verfügung gestellten Ausrüstung beschränken. An der eigentlichen militärischen Ausbildung der königlich laotischen Armee sind Amerikaner nicht beteiligt.

Absurde Gerüchte

Die laotische Regierung hat darauf verwiesen, daß ihr niemand unterstellen könne, mit einer Armee von 25 000 Mann Angriffspläne gegen die mächtigen kommunistischen Nachbarn zu hegen. Die Armee werde jedoch zur Stärkung der Sicherheit im Landesinneren eingesetzt werden.

Neue Offensive in Laos

Vientiane/Laos (dpa). Die in das Königreich Laos eingedrungenen kommunistischen Rebellen sind jetzt wieder aktiv geworden. Etwa 800 Guerillakämpfer der Kommunisten drängen von der Nordgrenze aus in östlicher und westlicher Richtung vor.

Bonn hilft Wien

Bonn, (dpa/ap). Für die Unwettergeschädigten in den österreichischen Bundesländern Salzburg und Oberösterreich hat die deutsche Bundesregierung zur Linderung der ersten Not je 25 000 DM zur Verfügung gestellt. Die Geldspenden wurden den österreichischen Behörden überreicht. Zehn Todesopfer und Schäden, die möglicherweise über zwei Milliarden Schilling (335 Millionen DM) betragen, das ist die Bilanz der österreichischen Hochwasserkatastrophe.

Ein Hubschrauber des Bundesheeres flog nach Filzmoos im Bundesland Salzburg, das seit der Hochwasserkatastrophe am vergangenen Donnerstag eingeschlossen ist. In Filzmoos befinden sich ungefähr 500 Urlauber, hauptsächlich Touristen aus der Bundesrepublik.

terstützung aus dem benachbarten kommunistischen Nordvietnam gelang es, dieses Bataillon zu einer Kampfgruppe von schätzungsweise 3600 Mann auszubauen.

Mit dieser Gruppe kam es dann Ende Juli zu kurzen, aber heftigen Zusammenstößen, wobei es Verluste von mehreren

Sorge um Eisenhower-Besuch

Nach den Zwischenfällen mit der Boeing 707

W. Bonn (Eigenbericht). Drei Zwischenfälle mit amerikanischen Düsenverkehrsmaschinen vom Typ Boeing 707 haben in Bonner Regierungskreisen die besorgte Frage ausgelöst, ob Präsident Eisenhower für seinen geplanten Europabesuch eine Maschine dieses Typs benutzen wird. Die Benutzung eines älteren und weniger schnellen Flugzeuges würde die gesamte Reiseplanung des Präsidenten über den Haufen werfen und möglicherweise doch noch zu einer Abkürzung des Besuches in Bonn führen. Beamte der US-Luftfahrtbehörde erklärten am Montag, daß ein Startverbot für die Boeing-Maschinen nicht beabsichtigt sei.

In den letzten 48 Stunden haben sich in Amerika und Australien Zwischenfälle mit Boeing-Maschinen ereignet. Eine Boeing 707 stürzte am Sonnabend bei einem Übungsflug in der Nähe von New York ab, wobei die fünfköpfige Besatzung den Tod fand. Passagiere waren nicht an Bord. Eine zweite Maschine gleichen Typs mußte am Sonntag an der australischen Ostküste zwischenlanden, weil eines der vier Düsentriebwerke ausgefallen war. An Bord des Flugzeuges befanden sich 76 Passagiere. Eine dritte Boeing 707, die mit 122 Fluggästen und Besatzungsmitgliedern an Bord nach Caracas gestartet war, mußte am Montag zum New-Yorker Flughafen Idlewild umkehren, weil ein Warnlicht einen Fehler an dem hydraulisch betriebenen Fahrgestell angezeigt hatte. Die Maschine konnte sicher landen.

Hält die Betondecke?

Abgesehen von diesen Zwischenfällen könnte auch das Wetter den umfangreichen Vorbereitungen des Bonner Protokolls für den Eisenhower-Besuch einen Strich durch die Rechnung machen. Bei Regenwetter müßte nach Ansicht der Fachleute die 18 Tonnen schwere Boeing 707 doch den Frankfurter Flughafen anfliegen. In diesem Fall bestünde nämlich die Gefahr, daß der Boden unter der Startbahn in Köln-Wahn aufweicht und die Betondecke das Gewicht der Maschine nicht aushält. Bei ungünstigem Wetter müßte Eisenhower daher in Frankfurt in eine leichtere Maschine umsteigen, wodurch erheblicher Zeitverlust entstehen würde.

Fünf Tage in England

Inzwischen wurde das Besuchsprogramm Eisenhows in

Großbritannien festgelegt. Der Präsident wird sich fünf Tage auf der britischen Insel aufhalten. Der Schwerpunkt seines Besuches liegt auf vertraulichen Gesprächen mit Premierminister Macmillan. Vorher wird der Präsident einen Tag auf dem schottischen Sommersitz der Königin verbringen. In London ist auch eine Unterredung mit dem spanischen Außenminister Castiella vorgesehen.

US-Bundesrichter in Berlin

„Amerikaner haben Berlin ins Herz geschlossen“

Berlin (Eigenbericht). Der Oberste Bundesrichter der Vereinigten Staaten, Warren, traf zu einem dreitägigen Besuch in Berlin ein. Bei seiner Ankunft in Tempelhof, wo er von Bürgermeister Amrehn herzlich begrüßt wurde, erklärte Earl Warren, alle Amerikaner hätten Berlin in ihr Herz geschlossen. Jeder in Amerika sei sich bewußt, daß die Bevölkerung Berlins für die gleichen Werte der Freiheit und des Rechts eintrete wie die Amerikaner. Amrehn betonte in seiner Begrüßungsansprache, die Amerikaner könnten ebenso fest auf die Berliner vertrauen, wie sich die Berliner „auf ihre Freunde in Amerika verlassen“.

Vor Pressevertretern befuhrwortete der Oberste amerikanische Bundesrichter den Gedanken des internationalen Austauschs auf der Grundlage persönlicher Besuche. Für das gegenseitige Verstehen unter den Nationen gebe es keinen besseren Weg als den des kulturellen Austausches.

Während seines Berliner Aufenthaltes wird Warren, der in den Vereinigten Staaten als Oberster Bundesrichter den dritthöchsten Rang nach dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten inne hat, u. a. mit leitenden Beamten der US-Mission sowie mit Bürgermeister Amrehn zu Gesprächen kommen. Im Anschluß an seinen Berliner Aufenthalt wird der Oberste

US-Bundesrichter nach Bonn fahren, wo er von Bundespräsident Heuss und Außenminister von Brentano empfangen wird.

SSD-Agent festgenommen

Berlin (dpa). Im Flüchtlingslager Marienfelde nahm die Polizei einen ehemaligen Unteroffizier der Bundeswehr, den 36jährigen Roderich R., wegen Agententätigkeit für den kommunistischen Staatssicherheitsdienst fest. Roderich R. sagte aus, daß er im Januar 1957 wegen Schädigung des Ansehens der Bundeswehr entlassen worden sei. Er sei dann in die Sowjetzone gegangen und habe Arbeit bei einer Baufirma in Salzwedel erhalten. Als bekannt wurde, daß er vorher bei der Bundeswehr gewesen war, wurde er verhöört. Dann mußte er sich schriftlich verpflichten, Berichte über seine Arbeitskollegen zu liefern.

Verläßt Smirnow Bonn?

Bonn (upi). Führende sowjetische Diplomaten in Bonn rechnen damit, daß der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Smirnow, mit einer anderen Aufgabe betraut wird. Sie ließen durchblicken, daß offenbar Smirnow selbst Bonn gerne verlassen möchte. Die Diplomaten erklärten, in Moskau sei man der Auffassung, daß die Beziehungen mit Bonn immer kühler würden und Smirnow sich „etwas zur Untätigkeit verurteilt“ fühle.

Chruschtschow zu de Gaulle?

Sowjet-Botschafter in Colombey-les-deux-Eglises

Paris (upi/dpa). Diplomatische Kreise in Paris rechnen mit der Möglichkeit eines Treffens zwischen Staatspräsident de Gaulle und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow. Diese Vermutung tauchte am Montag auf, nachdem der französische Staatspräsident de Gaulle überraschend den sowjetischen Botschafter in Paris, Winogradow, zu einer Aussprache in Colombey-les-deux-Eglises empfangen hatte. Über das Thema der Aussprache wurde offiziell nichts bekanntgegeben.

Debré fordert Hilfe

Die Spekulationen über ein Treffen de Gaulle — Chruschtschow werden in Paris damit begründet, daß die Sowjetunion versucht sein könnte, die Meinungsverschiedenheiten im westlichen Lager zu vertiefen. Der französische Ministerpräsident Debré hat erst am Sonntag in einer Rede Kritik daran geübt, daß Frankreich in Algerien von seinen Verbündeten nicht unterstützt wird. In Algerien, so meinte Debré, gehe es nicht nur um das Schicksal Frankreichs, sondern auch um das Gleichgewicht der Kräfte auf der Welt. Frankreich müsse seinen Verbündeten das Verständnis dafür vermitteln, „daß es das Recht besitzt, von allen die vollständige Unterstützung für eine

Sache zu fordern, die weit über den Bereich eines Volkes und einer Generation hinausgeht“.

USA lehnen ab

Unterrichtete Kreise in der amerikanischen Bundeshauptstadt erklärten am Montag, die Vereinigten Staaten seien nicht in der Lage, der französischen Aufforderung, Paris in dem Kampf gegen die algerischen Rebellen zu unterstützen, Folge zu leisten. Washington ziehe es vor, Frankreich und den Algeriern eine Lösung des Problems zu überlassen. Es sei wahrscheinlich, daß Präsident Eisenhower sich in diesem Sinne auch gegenüber Staatspräsident de Gaulle äußern werde.

Keine Werbung

Eine Meldung der Osloer Zeitung „Arbeiderbladet“, nach der die algerischen Rebellen die Absicht haben sollen, Freiwillige für den Kampf in Algerien auf skandinavischem Gebiet zu werben, wurde in politischen Kreisen Dänemarks als unrichtig bezeichnet. Das norwegische Blatt hatte behauptet, daß zwischen den Rebellen und der linksradikalen „Sozialistischen Volkspartei“ in Kopenhagen Geheimverhandlungen über die Errichtung eines Werbebüros geführt worden seien.

viele sich stillschweigend damit abfinden.“

„Reisen können“

Mit erhobener Stimme stellte der Sprecher fest: „Es darf keiner im Westen sagen: ‚Ich brauche euch nicht.‘ Es darf keiner im Osten sagen: ‚Ich brauche euch nicht.‘ Wir müssen voneinander wissen, weil wir füreinander beten sollen. Wir müssen uns umeinander kümmern können. Laßt uns wenigstens in der Bundesrepublik ungehindert lesen können, was der andere liest, und ungehindert hören, was der andere hört. Wir müssen reisen können hinüber und herüber, wir müs-

sen uns besuchen. Wir fragen euch, was tun wir Christen, daß dies wieder möglich wird?“

Nur ein Volk

„Gott hat nur ein Volk, aber dieses Volk ist getrennt“, äußerte ein anderer Sprecher zur Konfessionstrennung. Die Evangelischen litten mit allen Christen unter der Trennung. Auch in der Kirche der Reformation lebe die Leidenschaft zur Einheit der Kirche. „Verschweiget unsern katholischen Nachbarn nicht, daß Jesus Christus allein der Herr ist.“

Nehmt sie auf

Ein Sprecher der Christen in Asien und Afrika dankte den europäischen und amerikanischen Missionaren für die Verbreitung des Evangeliums. Es seien aber auch Leute gekommen, die sich Christen nannten und ein Leben der Gewalt und des Hochmuts führten, sagte ein europäischer Sprecher. Damit hätten sie den christlichen Glauben unwürdig gemacht. Auch in Europa gebe es Christen, die auf Menschen anderer Hautfarbe herabschauen. Der Sprecher Asiens und Afrikas erwiderte darauf, diese Schuld könne vergeben werden. „Zuerst sind wir doch alle Christen.“

Der Sprecher bat, für die Afrikaner und Asiaten, die als Praktikanten und Studenten in Europa wohnen, öffentlich einzutreten, wenn ihnen Unrecht geschieht. „Nehmt sie in eure Familien auf.“

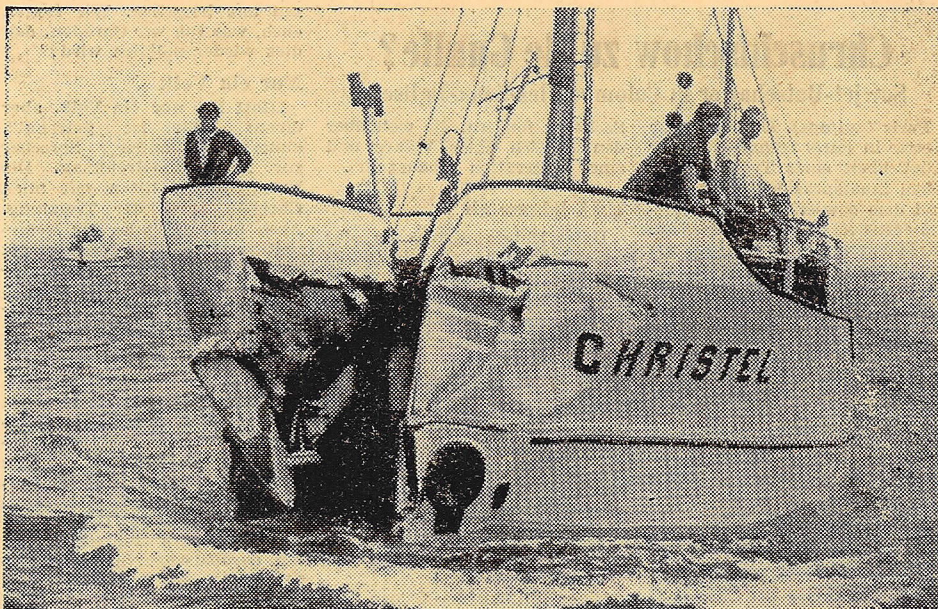
Terror in Tibet

Berlin (Eigenmeldung). Der Bruder des Dalai Lama, Thubten Jigme Norbu, erklärte in Berlin, das tibetanische Volk wünsche eine wirkliche Unabhängigkeit. Norbu, der vor Pressevertretern sprach, äußerte die Hoffnung, daß die Frage Tibet doch noch vor die UNO komme. Nachdem in den Jahren 1951 bis 1958 etwa 9000 Tibetener vor dem kommunistischen Terror flüchteten, habe sich diese Zahl nach dem Märzaufrüstung 1959 um weitere 14 000 erhöht. Das ganze Land stehe unter dem chinesischen Terror.

320 000 auf der Theresienwiese

Fortsetzung von S. 1

haben wir — genau vor zwanzig Jahren — selbst entfesselt, als unser Volk anderen Völkern Gewalt antat. Wir dürfen das nicht vergessen. Denn wer vergißt, was geschehen ist, sieht nicht, was heute geschieht. Das geschieht heute in Deutschland: Unsere Kinder werden im Osten und im Westen mit verschiedenen Zielen erzogen. Unsere Berrufe haben im Osten und im Westen verschiedenen Wert. Unser Glaube wird im Osten und im Westen verschieden beurteilt. Die Worte haben im Osten und im Westen verschiedenen Sinn. Es ist schlimm, daß



BILDER DER WOCHE. Oben: Schwer havariert lief das deutsche Küstenmotorschiff „Christel“ die Insel Fehmarn an, nachdem es beim Feuerschiff „Gedser“ von einem sowjetischen Zerstörer gerammt worden war. — Unten: Auf Muttis Schultern erlebte die Kleine die Eröffnungs-Kundgebung des 9. Deutschen Evangelischen Kirchentages auf dem Königsplatz in München.

